

tralbank war drei Tage lang Gastgeber einer denkwürdigen Veranstaltung in Istanbul. Mehr als 500 hochkarätige

sie sich vorgenommenen. 30 weiteren Brücken gebaut werden zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.

fasst alle Lösungsvorschläge, auf die sich die Symposiumsteilnehmer geeinigt haben, zu-

Probleme erkennen, analysieren und bewerten können. Die „Global Economic Fel-

Metropole als einzige Stadt, die auf zwei Kontinenten liegt, ist die klassische Nahtstelle zwi-

sident des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel

MISSLER NOV 2010

# Die Arbeitgeber präsentieren ihre Mittelstands-Agenda

Von Fabian Geyer

**D**er Arbeitgeberverband Flensburg-Schleswig-Eckernförde e.V. hat am 3. November dem Minister für Soziales, Gesundheit und Arbeit des Landes Schleswig-Holstein, Dr. Heiner Garg, seine neu entwickelte Mittelstands-Agenda übergeben: Zehn Handlungsfelder für eine mittelstandsfreundliche Gesetzgebung. Der Minister zeigte sich wie viele andere Politiker höchst interessiert gegenüber unserem Ansinnen und sagte eine vertiefte Kooperation zu.

Am 2. Mai 2010 hatte unser Verband zum bundesweit ersten Tag für Mittelstand und Arbeit in Flensburg aufgerufen. Wir haben dort für einen völlig neuen Umgang und regelmäßigen Austausch zwischen Politik und mittelständischer Wirtschaft gewonnen. Im Anschluss haben wir unsere Mitgliedsfirmen gebeten, typische Probleme, mit denen sie täglich zu kämpfen haben, darzustellen. Herausgekommen ist dieser Katalog von zehn akuten Handlungsfeldern.

Unsere Unternehmer wollen den gefühlten Graben zwischen mittelständischer Wirtschaft

und Politik überwinden und wenden sich mit ihrer Agenda an alle, denen kleine und mittlere Unternehmen nicht gleichgültig sind. Das schafft Vertrauen und vermeidet Frust, den wir vor Ort häufig auf Seiten der Unternehmen und Beschäftigten feststellen. Wir wollen weder Klassenkampf noch Kapitalismus pur, sondern sachgerechte Rahmenbedingungen und faire Spielregeln für alle, nicht nur für Großkonzerne.

Damit „Mittelstand“ nicht nur in Sonntagstreden als das Rückgrat der deutschen Wirtschaft bezeichnet wird, verlangen wir, bei wichtigen Gesetzgebungsvorhaben und Änderungen bestehender Gesetze z.B. im Arbeits- und Steuerrecht von Beginn an stärker beteiligt zu werden. Dabei geht es nicht darum, Schutznormen zu lasten der Beschäftigten auszuhöheln, sondern gesetzliche Bestimmungen und deren Umsetzung praktikabel, verständlich und einfacher zu gestalten. So enthält eine Kommentierung zum Kündigungsschutzgesetz heute 2800 Seiten, eng gedruckt. Welcher mittelständische Unternehmer und Mitarbeiter kann sich hier noch zu rechtfinden? Beide sind aber Empfänger der Vorschriften

und können eigentlich nur alles falsch machen. Nur wenigen Abgeordneten in Land und Bund sind die Verhältnisse vor Ort und die Auswirkungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer wirklich bekannt. Dies wollen wir im ständigen Dialog ohne Vorbehalte und ideologiefrei ändern.

Von unseren Mitgliedsfirmen wurden zudem immer wieder eine Reform des Betriebsverfassungsrechts sowie ein einfaches und handhabbares Kündigungsschutzgesetz genannt. Hier haben wir ganz konkrete Vorschläge, die sicherlich auch parteiübergreifend ernsthaft diskutiert werden dürften. So könnte z.B. eine fristgemäße verhaltensbedingte Kündigung generell nach zwei einschlägigen Abmahnungen innerhalb von zwei Jahren ausgesprochen werden dürfen, womit sich lange und teure Gerichtsverfahren mit unsicherem Ausgang erledigen.

Eine dringende Entlastung ist daneben die Abschaffung überflüssiger Statistik- und Dokumentationspflichten, bei denen Zeitaufwand und Ertrag in keinem Verhältnis stehen. Wo Politik und Praxis nicht aufeinander abgestimmt sind, bie-

ten Experten aus den Betrieben gerne ihre Erfahrungen an. Dafür braucht es keiner langen und teuren Gutachten am Mittelstand vorbei. Gesetze sollten sich an der Notwendigkeit orientieren und Rechtssicherheit bieten.

Generell bin ich davon überzeugt, dass wir auf einem guten Weg sind, mit der Politik zu einem regelmäßigen Austausch zu gelangen. Wenn beide Seiten ernst meinen und sich offen begegnen, können wir die Punkte in Bund, Land und Kommune rasch nach und nach abarbeiten. So werden wir die Dinge konkret benennen, konkrete Verbesserungsvorschläge und Alternativen unterbreiten und dabei darauf achten, möglichst alle Fraktionen, die zum Dialog bereit sind, einzubeziehen. Dabei kommen dann wenigstens alle Argumente auf den Tisch. Ich weigere mich zu akzeptieren, dass dies mit vernünftigen Menschen, die an einem neuen Weg und der Zukunft dieses Landes nachhaltig interessiert sind, nicht möglich sein soll.



**Eine der zentralen Forderungen des Arbeitgeberverbandes Flensburg-Schleswig-Eckernförde e.V.:** Ein besser handhabbares Kündigungsschutzgesetz.

foto:la



**Dr. Fabian Geyer** ist Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Flensburg-Schleswig-Eckernförde e.V.